

Sachsen

„Völkerverfreiende Sozialdemokratie“

Stell' auf den Tisch das Bild von Vater Wedel,
„Volkzeitung“, Jahrgang 13, hol' herbei,
Und schau' wieder wie im Strahlennebel,
Wie einst im Mai!

Vies mir nochmal die alten Manifeste,
Der ersten Jugend holder Schwärmerzeit,
Und reich' mir wieder die gestirnte Weisheit,
Wie einst im Mai!

Noch einmal singt die Internationale!
Doch macht nicht wieder solchen Krach dabei
Und nicht mit so pathetischer Finale
Wie einst im Mai!

Noch einmal tragt die feierlichen Haken,
 („Schwarz-Rot-Gold“ mit Blut ist auch dabei.)
Wer weiß, ob uns nicht doch die Herrsche wackeln
Dereinst im Mai!

Die linke Sachsenpresse zum Wahlausfall

Vor uns liegen die sächsischen „linken“ Blätter mit ihren Wahlbetrachtungen. Leider fehlt uns das „Sächsische Volksblatt“. Die Wahlbetrachtungen lassen sich in zwei Gruppen teilen. Die eine, bestehend aus der „Volkstimme“ und der „Dresdener Volkszeitung“, schwenkt offen nach rechts, die andere Gruppe, das „Pflanzer“ und „Leipziger Blatt“, versuchen noch Haltung zu wahren. Das untrügliche Kennzeichen der Rechtswendung ist der Grad der Kommunifischenhe.

Von den genannten Zeitungen möchten wir zuerst die „Volkstimme“ vornehmen. Ihr Artikel ist mit K. V. gezeichnet. Böbel präsentiert sich also selber als Verfasser. Und wahrlich, der Artikel ist gut verfaßt. Der Böbelsche Artikel ist gegen den Leitartikel des „Kämpfers“ gerichtet, der Karl Marx' Schilderung des Verlaufs der französischen Konterrevolution enthält. Eine stammende Anklage gegen die Sozialdemokratische Partei, die ihre eigene Klasse verraten und die Arbeitergemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien geschlossen hat. Was macht der Böbel daraus? Einen Angriff auf die Kommunisten! Aber man lese die Zitate selber, damit man die Dummheit — oder ist es wirklich Fessian? — des Böbel erkennen kann. Das Marx-Zitat:

„Die Revolution bewegt sich so in absteigender Linie; die proletarische Partei erscheint als Anhang der kleinbürgerlich-demokratischen. Sie wird von ihr verraten und fallengelassen. Die demokratische Partei ihrerseits lehnt sich auf die Schultern der bourgeois-republikanischen. Die bourgeois-republikanischen glauben kaum festzuhalten, als sie den lästigen Kameraden abschütteln und sich selbst auf die Schultern der Ordnungspartei stellen. Die Ordnungspartei zieht ihre Schultern ein, läßt die bourgeois-republikanischen purzeln und wirft sich auf die Schultern der bewaffneten Macht. Sie glaubt noch auf ihren Schultern zu sitzen, als sie an einem schönen Morgen bemerkt, daß sich die Schultern in Bajonette verwandelt haben.“

Ist das nicht die klassische Schilderung des Verrats der SPD und der geradlinigen Entwicklung der Konterrevolution? Aber Böbel folgert ohne Bedenken:

„Und wieder steht am Anfang der Dinge der Schlag des Spartakus, der von Planung von Reihe zu Reihe, bis die Bajonette endlich da sind.“

So dummdreist magt nicht einmal der „Vorwärts“ zu liegen. Böbel benötigt aber diesen Witz, um seine einleitenden Sätze zu beweihe. Dort heißt es:

„Am Ausgangspunkt, in den Schnittpunkten und am Ende der leidvollen Wege, den die deutsche Revolution genommen hat, steht die schwere Schuld der Kommunisten. Wo ihre Kräfte, schwächer oder härter, in der politischen Entwicklung in Erscheinung traten, immer war es in einem augenblicklich erkennbaren Vorteil des Gegners. Vor der Geschichte sind sie festgesetzt als die Feindträger der europäischen Arbeiterklasse.“

Des Böbelschen Deliriums ist aber noch kein Ende. Einige Absätze weiter unten liest man folgendes:

„Als in später Nachtstunden den stumm harrenden Massen die Wahl Hindenburgs bekannt wurde, haben alle Funktionäre, die im Kampf für Marx Tag und Nacht auf den Beinen waren, mit zahliger Entschlossenheit erklärt: Gut so! Teht ist klare Bahn, nun wissen wir, und nun weiß es hoffentlich auch die Parteileitung, was zu tun ist!“

Also dasselbe, was die SPD-Funktionäre mit „Gut so“ beglückwünschten, die klare Bahn, die wir von vornherein wollten, weil Hindenburg und Marx die gleichen Brüder sind — daselbe soll zugleich das größte Verbrechen der Kommunisten sein. Nein, der Böbel ist verrückt. Will man ihn aber ernst nehmen, dann übertrifft er an Vorkommen weitens den Zwidauer M. S. Die Chemnitzer linken SPD-Arbeiter mögen jetzt wissen, daß es zwischen Böbel, Landgraf, Franz u. Co. auch in Worten keinen Unterschied mehr gibt. Nur an Blödsinn übertrifft der Böbel seine Freunde.

Die „Leipziger Volkszeitung“ magt nicht die Kommunisten der „Volkstimme“. Sie schreibt aber: „Die 1,9 Millionen kommunistischen Stimmen sind nicht nur für die Gesamtentscheidung ausgefallen, sie haben vielmehr dem ärgsten Feind des Proletariats auf den Präsidentenstuhl verholfen.“

Das ehrenwerte Leipziger Organ hat ein schlechtes Gedächtnis. Wir möchten die „Volkzeitung“ ermahnen, daß sie selber vorzuschlagen hat, nicht nur unsere Stimmen, sondern auch die der SPD „für die Gesamtentscheidung ausfallen“ zu lassen. Am 6. April schrieb sie nämlich:

„Selbst auf die Gefahr hin, daß dennoch Jarres gewählt worden wäre, hätte eine sozialdemokratische Sammelkandidatur für den zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl der proletarischen Bewegung einen neuen außerordentlichen Glanz verliehen. Die Konsolidation in der Arbeiterbewegung hätte weitere Fortschritte gemacht, und damit hätte die Position des Proletariats im Kampf gegen die Sturmangriffe des Großkapitals, die auf dem Gebiete der Steuer- und Handelspolitik erfolgen werden, eine außerordentliche Stärkung erfahren.“

Allerdings hat dann der Parteivorstand anders entschieden. Und bei einem „Linken“ ist es nur natürlich, daß er darauf um beiderseitig glatt das Gegenteil von dem sagt, was er tags zuvor behauptet hat.

„Die sächsischen Volkszeitung“, die mit Holz stellt, daß eine ganze Anzahl Sozialdemokraten doch für Marx gestimmt haben, fragt aber mit gewisser Belohnung:

„Ob nicht trotzdem einzelne versuchen werden, die Sozialdemokraten in Sachsen für den Ausgang der Präsidentschaftswahl verantwortlich zu machen.“

Wir verstehen die Sorge des „Volkzeitungs“-Redakteurs. Sondern wir möchten in der Zwidauer Landtagerversammlung vertreten, daß gegen den Votlag, dem Redakteur der „Volkzeitung“, das folgende ein Verfahren eingeleitet worden ist: der Parteivorstand wolle ihn wegen einer Rede über die Ausstellung von Marx' Kandidatur zur Verantwortung ziehen.

Wie wir oben mitgeteilt haben, fehlt uns noch das Zwidauer „Sächsische Volksblatt“. Das ist schade, denn wir hätten zu gerne, wie der M. S. unsere 100 Prozent Stimmennahme erklärt.

Was ergibt sich aus den Wahlbetrachtungen der Linken? Daß ein Teil offen zur Rechten überläuft, ein anderer in der Phase noch vorsichtig ist, in der Tat aber beide Gruppen die oppositionellen Arbeiter: o er führen und ihre alte Rolle spielen: Handlanger der Rechten und der Bourgeoisie zu sein.

Wir müssen die linken SPD-Arbeiter auflären, stärken und führen. Diese Aufgabe steht vor uns, und wir werden sie jetzt an Hand unseres Minimalprogramms unter nicht allzu großen Schwierigkeiten erfüllen können!

Gegen den Staatsgerichtshof — für Pressefreiheit

Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages hat folgende Anträge eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen: Das unter dem 7. März 1925 gegen die kommunistische Presse Sachsen ausgesprochene Verbot war ungesetzlich und dem Artikel 118 der Reichsverfassung über die Pressefreiheit entgegenstehend.“

Die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung die Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Leipzig zu beantragen.

Dresden, den 29. April 1925.

Kaener
und die Mitglieder der kommunistischen Fraktion.“

Reinhold arbeitet

(St. A.) Dresden. Das Gesamtministerium hat in einer Sitzung vom 24. April 1925 beschlossen, dem Landtag folgende Gesetzentwürfe vorzulegen:

Gesetz über eine Ergänzung der zweiten Rotverordnung zum Vollzuge der dritten Steuerreformverordnung und des Finanzausgleichsgesetzes;

Gesetz über die dritte Änderung des Beamtenabteilungs-gesetzes;

ferner eine Vorlage über Erhöhung des Stammvermögens des Staates an dem Gesellschaftskapital des „Sächsischen Heims“, Landesföderation- und Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H., Dresden.

Außerdem wurde noch dem Erlaß einer Verordnung über die Einstellungssperre und über die Gewährung von Entschädigungen an auswärtige Mitglieder der Disziplinargerichte zugestimmt.

Schwarz-Rot-Gold wird abgebaut

Saisonschluss

Dresden. Wie die sozialdemokratische Presse meldet, soll der Chefredakteur der „Sächsischen Volkszeitung“ Jolles, dessen Urlaub abgelaufen ist, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Es ist rührend, wie die Helld-Regierung sich vor dem „grünen Feldmarschall“ zu haben, denn bislang ist noch nichts die Belohnung nicht aus.

Und einer wittert Morgenluft — —

Lichtenwalde. Auf der Fahrt zur Jagd in den Wäldern von Bad Elster besuchte der frühere König Friedrich August am Dienstag seinen ehemaligen Hofmarschall Grafen Wiktum von Edleht auf Lichtenwalde. — Es ist nur verwunderlich, daß Erzherzog Helld keinen feierlichen Empfang vorbereitet hat.

Zolle Zustände in der Lungenheilstätte Hohwald

Unter dieser Ueberschrift bringt unser Chemnitzer Bruderblatt folgenden Brief eines Patienten:

„In unserer Lungenheilstätte herrschen in letzter Zeit Zustände, die auf die Dauer unerträglich sind und zu noch schärferen Konflikten führen müssen, als bislang. Zunächst das Essen. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß Lungentränke eine besonders gut Kost genießen müssen. Bei ihnen kommt es nicht so sehr auf die Quantität als vielmehr auf die Qualität an. Nun werden uns aber vitaminreiche Speisen wie Butter u. a., in Portionen verabreicht, die mehr als dürftig sind. Winderwertige Speisen dagegen bekommen wir reichlich. Die Landesversicherungsanstalt scheint für solche Dinge kein Augenmerk zu haben, denn bislang ist noch nichts geschehen, um diesen Umständen abzuhelfen.“

Vor einigen Monaten hat die Heilstätte einen neuen Arzt namens Dr. Schlegel bekommen, der sich besonders durch die Propagierung eines „Hellerfahrens“ auszeichnet. Wenn jemand an Kopfschmerzen oder Schlaflosigkeit leidet, Krankheitserscheinungen, die bei Lungenkranken an der Tagesordnung sind, so gibt Dr. Schlegel den Patienten den Rat, sich einen Stahlhelm anzusehen und zu exerzieren. Daß dieser Stahlhelm Schlegel mit derartigen Nebenwirkungen bei den Kranken größte Enttäuschung verursacht hat, ist begreiflich. Aber damit sind die Frechheiten Schlegels noch nicht zu Ende. In seiner freien Zeit betätigt sich Schlegel als Detektiv und im Kurortstredenläuferport. Seine Hauptaufgabe besteht hierbei darin, daß er mit Argusaugen darüber wacht, daß kein Patient über den Zaun der Anstalt steigt, um mal ein Glas Bier zu trinken. Freiwillig läßt nämlich die Verwaltung niemand aus dem Hause.

Ist so Schlegel bestraft, die Kranken zu schikanieren und sie nicht einmal in den Genuss eines harmlosen Glases Bier kommen zu lassen, so geht er auf der anderen Seite mit einer geradezu kräftigen Rücksichtslosigkeit gegen die Kranken vor. Obwohl Tabakrauch für die Lungenkranken äußerst gefährlich ist, raucht Schlegel im Gebäude wie auch im Park wie ein Spornstein. Dagegen jagt selbstverständlich die Verwaltung nichts. Wird aber mal ein Patient beim Rauchen erwischt, so schlägt er augenblicklich aus der Anstalt. Es muß nun zwar dahingestellt werden, daß das gesundheitschädliche Rauchen seitens einiger Patienten in der Anstalt unterbleibt, aber trotzdem sind derartige herbe Strafmaßnahmen, wie Hinanwurf ungerecht und zum anderen wäre es dringend notwendig, daß zunächst einmal der Arzt an seine Pflicht erinnert würde.

Doch nicht nur die Verwaltung der Heilstätte, sondern auch die Postbehörde verliert überhand Rücksichtslosigkeit gegenüber den Patienten. So wollte man den Patienten, die am 20. Vormittags ankommende Post erst am Mittag aushändigen. Dieser Plan konnte allerdings verhindert werden.

Die oben angeführten Tatsachen zeigen, daß derartige Zustände unmöglich weiter bestehen können. Die Patienten der Heilstätte Hohwald richten deshalb die Aufforderung an die maßgebenden Stellen, endlich Abhilfe zu schaffen.“

In den staatlichen Heilstätten und Pflegeanstalten herrschen jetzt Zustände, die ein bezeichnendes Licht auf die Sozialpolitik des sächsischen Staates werfen. In letzter Zeit brachten wir verschiedentlich Berichte über diese Anstalten, zum Beispiel in der „Arbeiterstimme“ vom 2. April über Albertsberg, und immer hat es sich gezeigt, daß in allen Fällen die Verwaltung an den unheilbaren Zuständen, wie sie auch in dem vorliegenden Bericht gechildert worden sind, die Schuld trägt, und im weiteren Maße natürlich auch die ganze Sozialpolitik der Regierung.

Achtung! Generalversammlungs-Vertreter vom Konsumverein Vorwärts, Dresden

Alle Vertreter der Generalversammlung, soweit sie der kommunistischen Partei angehören, müssen am Sonntag den 3. Mai, 8 Uhr vormittags, in der Freyhof-Schänke, Körnerhoffstraße, erscheinen.

Geschäftsleute, die keine Arbeiterkunden brauchen

Weinbölla. Centralgasthofswirt Striegler erklärte, er wolle mit der „Scheidtinternationalen“ nichts zu tun haben, außerdem laufen die Kommunisten zu wenig. Früher wäre es so gegangen, heute läme es ihm aber darauf an, wieder gute Bürger als Kunden zu gewinnen! — Weinböllaer Arbeiter! Merkt es euch!

Wöbau. Der ferndeutsche Bäckermeister Wöbau will allen Kommunisten, die in sein Geschäft kommen, die „Anecken brechen“. — Wöbauer Kommunisten! Antwortet ihm!

Kadeberg. Lederhändler Albert Liebich, Marktstraße 24, wünscht, daß alle Kommunisten reihenweise an die Wand gestellt und an die Laternenpfähle gehängt werden müßten. — Konfektionshaus Alfred Schmidchen, Marktstraße 38, braucht keine kommunistischen Arbeiter, da er bei Sozialdemokraten genug verdient. — Karl Beeg, Luxusartikel, Großenhainer Straße 58/59 hat für die kommunistische Presse keine Ankerate.

Alle Arbeiter werden darauf zu sehen haben, daß ihre mühsam erworbenen Groschen nicht Feinden der Arbeiterschaft in die Hände gelangen.

Bauen. (Einer, der sich schämt, Sozialdemokrat zu sein) nämlich Herr Arndt, der das 1923 offen ausprobiert, bringt es im April 1925 fertig, Herrn Direktor Reinhardt er möge doch Sorge tragen, daß die anderen Unternehmer einen ebenso „hohen Lohn“ zahlen wie der „Kupferhammer“. Da meint also der vom Metallarbeiterverband angeleitete SPD-Vorsitzende von Bauen, daß die „Kupferhammer“ „hohen Lohn“ haben? Nun, er sollte zuerst einmal die Arbeiter fragen. Ein Wunder ist es ja nicht, erklärte er doch 1924: „Wenn die Metallarbeiter ihm nicht seinen vollen Gehalt zugesprochen, würde er zu den Kapitalisten gehen. Die Baulener Metallarbeiter haben diesen 17-jährigen Jüngling, dessen Körperumfang täglich wächst, schon lange im Verdacht, daß er diese Meuterei verwickelt hat. In der Kupferwerkversammlung hat er offen gesagt, daß er der Stiefelspinner der Unternehmer ist. Nun, er ist ein guter Marx-Jünger. Ob die Metallarbeiter sich diese Erbärmlichkeiten gefallen lassen werden?“

Nieder-Oderwitz. (Aus dem Gemeindevorstand.) Stadtv. Kaiser zeigt seine Fahrenslust aus der SPD an. Er begründet sie sehr wegen des proletarischen Verhaltens der SPD. zu den Ehrenbezeugungen des Bürgerturns gegenüber dem Streikobwürger Erik Ebert. An sein Mandat klammert er sich weilerhin. Genosse Wunderschick charakterisiert in einer Erklärung treffend das Verhalten Kaisers, der seinen Austritt vor dem Ausschluß aus der SPD vorzog. Die SPD handelte nach dem Grundsatze August Bebel's: „Ich bin und bleibe der Feind des bürgerlichen Gesellschaft.“ Er gratuliert der Garnatpartei zu ihrem numerischen Zuwachs. (Jurist der Zuhörer: Sehr richtig!) — Für Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder ins Gebirge und an die See werden 450 Mark bewilligt. Genosse Wunderschick protestiert energisch gegen die Verschlechterung der sächsischen Gemeindeverwaltung und beantragt, das Kollegium möge dagegen Protest erheben. Der Antrag wurde dem Verwaltungsausschuß überwiesen. Große Erregung rief eine Mitteilung hervor, wonach der Polizeiwachmeister Gacht aus der Schulstraße einen Jungen hat herauskommen lassen und ihn wädete. — Arbeiter von Nieder-Oderwitz! Beluht reger die Gemeindeverordnetenversammlung und erntet die arbeitervindliche Politik der Sozialdemokraten und kämpft gegen das greivte Bürgerturn.

Leipzig. Straßenbahnunfall. In der Gde der West- und Hagwitzer Straße ereignete sich gestern morgen ein Straßenbahnunfall, der leicht schlimmere Folgen haben konnte. Ein Lastauto einer Leipziger Möbeltransportfirma verfuhrte vor dem fahrenden Straßenbahnzug vorüberzukommen, wobei die Straßenbahn mit voller Gewalt dem Kraftwagen in die Hände fuhr. Der Vorderperson des Straßenbahnwagens wurde vollkommen eingebrückt, während der Lastkraftwagen leichte Beschädigungen erfuhr. Menschenleben kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Der Zusammenstoß hatte eine längere Betriebsstörung zur Folge.

Dresden. Einigung der sächsischen „oberen“ Beamten. Vor einigen Tagen ist in Dresden der Zusammenschluß der oberen Beamten (sog. mittlere oder Sekretariatsbeamte) des sächsischen Staatsdienstes zu einer Arbeitsgemeinschaft erfolgt. Vier Verbände mit rund 4000 Mitgliedern sind die Gründer. Weitere Verbände haben ihren Beitritt zugesichert. Mit den gleichartigen Berufsverbänden der Reichsbahn, Finanz- und Postverwaltung beabsichtigt man in ein Kartellverhältnis zu treten. Die vorläufige Leitung der Arbeitsgemeinschaft liegt in den Händen des Bureau direktors Stadtrat Enger in Dresden, Wurmier Straße 76. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung, die in anderen Ländern Deutschlands, besonders im Süden, bereits vor Monaten ähnliche Zusammenschlüsse gezeitigt hat, zu einer Verbindung der sämtlichen oberen Beamten der Reichs- und Länderdienste führt.

Annaberg. Eine neue Autolinie. Die Eröffnung der neuen Autolinie Annaberg—Mildtau—Steinbach soll Anfang Juni erfolgen.

Leninkursus

Den Leninkursus, der bisher vertagt werden mußte, wird Genosse Dr. Helm am Sonntag den 10. Mai fortsetzen!